

2. Rechtsgutachten - Comité DD.HH. 18.10 – ChDI (Menschenrechtskomitee 18.10. – Chile Despertó Internacional)

Zusammenfassung

13 - 01 / 2020

Seit der Verhängung des *Ausnahmezustands*, den die Regierung - angeführt von Sebastián Piñera - am Samstag, den 19. Oktober 2019 verhängt hat, sieht sich Chile einer Eskalation der Gewalt gegenüber. Diese Tatsache hat sowohl die chilenische Bevölkerung als auch die internationale Gemeinschaft erschüttert. Mehr als drei Monate nach Beginn des Konflikts haben die schweren Repressionen gegen die Bürgerinnen und Bürger nicht abgenommen, in vielen Fällen kann man sogar sagen, dass sie zugenommen haben und den Alltag der Menschen gefährden. Der chilenische Staat verstößt in systematischer und generalisierter Weise gegen das Recht auf Leben, auf körperliche und psychische Unversehrtheit, auf ordentliche gerichtliche Verfahren und das Recht auf Meinungs- und Demonstrationenfreiheit seiner Bevölkerung.

Das Leben und die körperliche Unversehrtheit der Zivilbevölkerung litten zwischen dem 18. und 28. Oktober 2019 unter einer ersten großen Bedrohung, als sich das Land in einem verfassungsmäßig außerordentlichen Zustand, dem Ausnahmezustand, befand, welcher die Streitkräfte dazu berechtigte, auf die Straße zu gehen, um die Demonstrationen zu unterdrücken. Diese Repression äußerte sich durch verschiedene Methoden, einschließlich des Einsatzes tödlicher Munition. Nach Beendigung des Ausnahmezustands, und trotz der Rückkehr der Militärs in ihre Kasernen, wurden neue Todesfälle verzeichnet, diesmal unter der Verantwortung der Carabineros de Chile, der chilenischen Polizeikräfte.

Von den 27 Personen, die offiziell im Zusammenhang der Proteste als verstorben gemeldet wurden, starben 4 infolge direkter Aktionen der Ordnungskräfte (2 wurden erschossen, 1 wurde erschlagen und 1 wurde überfahren). Zwei Todesfälle sind direkt auf das Handeln von Carabineros zurückzuführen (ein Fall, aufgrund des Angriffs auf das medizinische Team, das Hilfe leisten sollte; ein anderer, nachdem das Opfer in eine elektrifizierte Grube fiel, um vor den Wasserwerfern zu fliehen). Sieben Todesfälle wurden als Folge von Zusammenstößen zwischen Bürgern verzeichnet, die oft durch das Gefühl der Unsicherheit und Paranoia verursacht wurden, das die Medien mitverursacht haben (es sticht der Fall einer Person heraus, die von einem Ladenpächter in der irrigen Annahme getötet wurde, sie wolle seine Räumlichkeiten plündern; beim Öffnen des Rucksacks des Opfers wurde nur ein Behälter mit seinem Mittagessen gefunden). Weitere 13 Todesfälle wurden durch Erstickung oder Stromschlag an Orten von Plünderungen verursacht, obwohl nach Bekanntwerden der Autopsie-Ergebnisse begründete Zweifel auftauchen, die auf mögliche Vertuschungshandlungen von außergerichtlichen

Hinrichtungen hinweisen. Die Fragen sind in solchen Fällen nach wie vor unbeantwortet und die Angehörigen dieser Personen verlangen eine ernsthafte und gründliche Untersuchung.

In seinem Bericht vom 30. Dezember 2020 verzeichnete das Nationale Institut für Menschenrechte (INDH) 3.583 Verletzte, davon 1.615 durch Schrotkugeln und 230 durch Tränengasbomben, die direkt auf den Körper abgefeuert wurden. Die Handlungen der Carabineros sind darauf ausgerichtet, dauerhaften Schaden zu verursachen. Der klarste Fall ist der von 359 Menschen mit ausgeschossenen Augen, von denen zwei komplett erblindet sind. Diese Handlungsweise war so offensichtlich und wurde von den Ordnungskräften beibehalten, sodass Augenpflaster und die Geste, ein Auge mit der Hand zu bedecken, zu einem der Symbole der sozialen Unruhen geworden sind.

Aber nicht nur auf der Straße sind die Bürgerinnen und Bürger in Gefahr, sondern auch unter Polizeigewahrsam. Im Falle einer Festnahme drohen den Protestierenden Misshandlung und Folter: Es gibt 400 Beschwerden über Folterungen durch Polizeibeamte, 884 über unnötige Gewaltanwendung und 208 über sexuelle Gewalt.

Letzteres ist eindeutig geschlechtsspezifische Gewalt. Die Zahl der vom INDH vertretenen Opfer belief sich am 30. November auf 96 Strafanträge wegen Folter oder grausamer Behandlung mit sexueller Gewalt. Die Gesamtzahl der Opfer beträgt 135, davon sind 53% Frauen und 47% Männer. Diese Daten zeigen, dass sexuelle Gewalt Frauen und Mädchen in größerem Ausmaß betrifft, da drei von zehn Frauen diese Art von Verbrechen gemeldet haben, im Vergleich zu einem von zehn Männern. Allerdings wurden 100% der männlichen Opfer, die eine Vergewaltigung meldeten, nach der gleichen Logik erkannt: Gewalt gegen Männer aufgrund ihres Geschlechts. So sollen sie korrektiv für diejenigen sein, die homosexuell sind und bestrafend für diejenigen, die heterosexuell sind. Die meisten offiziellen Quellen geben zu, dass ein erheblicher Teil dieser Fälle nicht an die Justiz gemeldet wird.

Die Garantien, die der Rechtsstaat seinen Bürgern bieten muss, wurden ständig ausgesetzt und unterbrochen. So wurden allein bis zum 2. November 12.303 Personen inhaftiert, und viele dieser Prozesse wurden anschließend für unbegründet erklärt.

Es wurde festgestellt, dass der Missbrauch außerordentlicher Sicherheitsmaßnahmen wie der Untersuchungshaft (eine gerichtliche Einweisung vor der Verhandlung aus Verfahrens- und Sicherheitsgründen) fast zur Regel geworden ist, wobei dies eine Vorverlegung der Strafe bedeutet, ohne dass den Beschuldigten das Recht auf einen ordentlichen Prozess eingeräumt wird. Dies ist der von den Medien begleitete Fall des Mathematiklehrers Roberto Campos, der fast zwei Monate in einem Hochsicherheitsgefängnis verbrachte, weil er ein Drehkreuz in der Metro von Santiago zerstört hatte; was einen Prozess im Sinne des Gesetzes für Staatssicherheit über die innere Sicherheit des Staates gerechtfertigt hätte, mit dem man Verbrechen mit terroristischem Charakter untersucht. Die Maßnahme wurde einen Tag vor Weihnachten aufgehoben.

Der willkürliche Einsatz dieser Rechtsinstrumente und die gewaltsame Verfolgung durch die Polizei haben dazu geführt, dass der Protest zu einem Verbrechen geworden ist. Die chilenische Pflichtverteidigungsbehörde gab an, dass zwischen dem 20. und 30. Oktober 2019 der kritischste Zeitpunkt der sozialen Unruhen war und auch dann, als die Militärmacht auf den Straßen des Landes war, da allein in dieser Zeit 542 Personen in Untersuchungshaft für verschiedene Verbrechen genommen wurden. Viele dieser Maßnahmen waren, wie im Fall von Professor

Campos, unverhältnismäßig, um letztendlich eine abschreckende Wirkung auf die Demonstranten zu erzielen.

In anderen Fällen waren die politischen Angriffe und Verfolgungen direkter. Ein Beispiel war die Einreichung einer Beschwerde gegen den Studentenführer Dauno Tótoro wegen "Anstiftung zur Gewalt", weil er in sozialen Medien einen Aufruf gemacht hatte zu sagen, warum die Regierung Piñera "fallen solle". Mit dem gleichen Ansatz hat die Regierung am 08. Januar dieses Jahres angekündigt, dass sie eine Klage gegen 34 Personen wegen des Aufrufs zum Boykott des Universitätsauswahltests (PSU) durch Gymnasiasten einreichen würde, den diese als ausgrenzend und diskriminierend ansahen. Viele dieser Personen sind minderjährig.

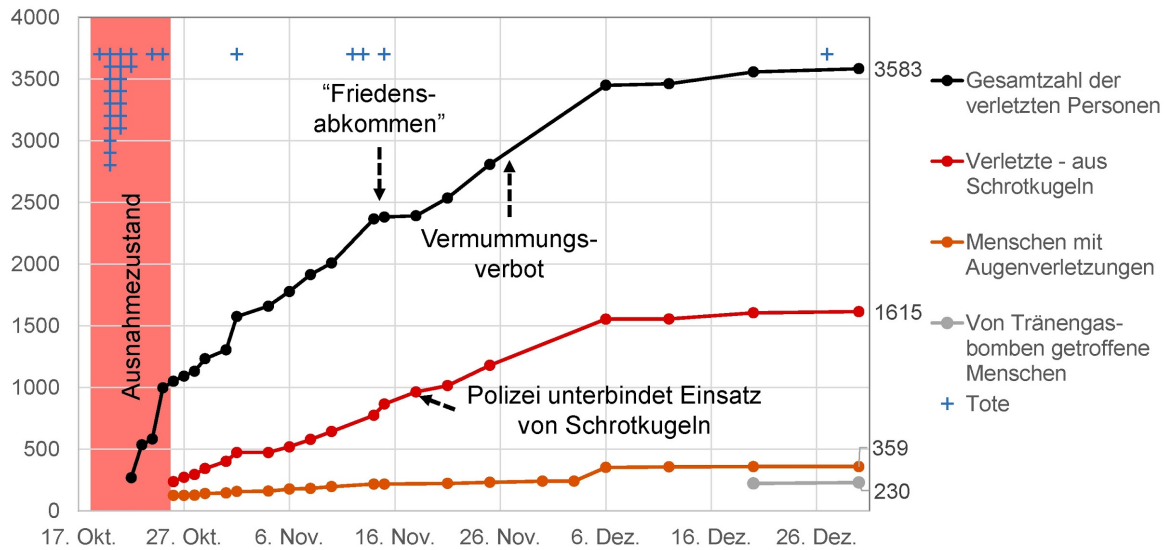
Die Kommunikationsstrategie der Regierung besteht darin, all diese Fakten zu leugnen. In einem Interview von CNN en Español am 15. Dezember sagte Präsident Sebastián Piñera, dass die Videos und Aufzeichnungen von Demonstrationen und Gewalttaten Teil einer "Kampagne der Desinformation, der falschen Nachrichten und der Inszenierung zur Schaffung eines Gefühls der totalen Unordnung und Krise" seien. Darüber hinaus gibt der Präsident an, dass eine "ausländische Hand" im Spiel wäre und dass viele der Videos "falsch, (...) außerhalb Chiles gefilmt oder verzerrt sind".

Darüber hinaus gibt es auf institutioneller Ebene Ereignisse, die Straffreiheit für diejenigen garantieren, die in Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind. Der Generaldirektor der Carabineros, Mario Rozas, wandte sich in einer internen Veranstaltung der Institution an seine Mitarbeiter zu den Verstößen gegen die Protokolle, um ihnen zu versichern, dass "ich niemanden entlassen werde (...), auch wenn sie mich zwingen". Der General ist immer noch im Amt, mit der absoluten Unterstützung der Exekutive und des Präsidenten.

Zusammengefasst können wir angesichts der gesammelten Informationen sagen, dass sich seit dem 18. Oktober als Reaktion auf legitime öffentliche Demonstrationen der Bürgerinnen und Bürger eine brutale Eskalation der Gewalt gegen die Zivilbevölkerung durch Polizei und Militärapparat entfesselt hat. Todesfälle, Augenverletzungen, Körperverletzungen und Folter sind nur ein Aspekt der staatlichen Maßnahmen, die darauf abzielen, Menschen für die Ausübung ihrer Meinungs- und Versammlungsrechte zu bestrafen. Auch die Einschränkung vieler anderer Rechte, wie z.B. die Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Gerichtsverfahrens, wurde zur Erreichung dieses Ziels instrumentalisiert. All dies wurde unter dem Schutz der Regierung realisiert, die die Menschen, die diese Rechte verletzen, in Schutz nimmt und öffentlich leugnet, dass diese Rechtsverletzungen existieren.

Wir bedauern das Schweigen der internationalen Gemeinschaft. Es ist beschämend, die Beziehungen zum Staat Chile aufrechtzuerhalten und gleichzeitig zu ignorieren, was er seinen Bürgern antut. Das Land, das sich vor einigen Monaten noch als "Oase Lateinamerikas" vorstellte, hat nun eine Regierung, die systematisch die Grundrechte seiner Bevölkerung verletzt. Wir fordern die Staaten und internationalen Organisationen nachdrücklich auf, sich gegen die Repressionen und Missbräuche auszusprechen, die seit mehr als drei Monaten im Land stattfinden. Wir prangern die politische und strafrechtliche Verantwortung der maßgebenden Behörden an und fordern die Anwendung der Bestimmungen zu Menschenrechten und Demokratie, die in den - derzeit geltenden - internationalen Abkommen mit Chile vorgesehen ist und speziell für die Anwendung im Zusammenhang mit dem Genannten geschaffen wurde.

TOTE UND VERLETZTE



Quelle: INDH und Deutsche Welle

Das Menschenrechts-Komitee 18.10 des Netzwerks Chile Despertó Internacional bezieht sich auf die anerkannten offiziellen Informationen und Daten der chilenischen Menschenrechtsinstitution INDH. Wir sind uns jedoch bewusst, dass die Zahl der Opfer und Gefangenen etwas höher liegt. Dies zeigt der jüngste Austausch/Interaktion zwischen der lokalen Rechtsanwaltschaft und Menschenrechtsorganisationen in Chile.

Rechtsabteilung - Menschenrechtsausschuss 18.10 - Chile Despertó Internacional.

- Luis Alberto Cortés Vergara, Berlin
- Diva Francesca Serra Cruz, Roma
- Nina Scarlett Arevalo Arevalo, Chiapas
- Javier Ignacio Moreno Gomez, Madrid

Aktualisierung des ersten Menschenrechts-Reports

Das *Menschenrechtskomitee 18.10* hat am 3. Dezember 2019 einen ersten Bericht veröffentlicht, um der internationalen Öffentlichkeit die Menschenrechtsverletzungen aufzuzeigen, die systematisch seit Beginn der sozialen Unruhen vom 18. Oktober 2019 in Chile begangen werden. Auf diese Weise zielen wir darauf, die von der Regierung unter Sebastian Piñera Echeñique begangenen Rechtsverletzungen gegen die Zivilbevölkerung sichtbar zu machen, die sich durch verschiedene Verstöße gegen geltendes chilenisches Recht sowie gegen bereits vom chilenischen Staat unterschriebene internationale Abkommen bezüglich Menschenrechte ausdrücken.

Mehr als drei Monate nach dem Ausbruch des Konflikts finden die Gewalttaten sowie Grundrechtsverletzungen des chilenischen Staates gegen die Zivilbevölkerung weiterhin statt und haben sich teilweise sogar noch verschärft. Im Folgenden wird die Situation in Bezug auf die im ersten Bericht behandelten Themen kurz dargestellt:

1. Recht auf Leben und Anwendung tödlicher Gewalt

Staatliche Repression gefährdet weiterhin das Leben der Bürgerinnen und Bürger in Chile. Das Nationale Institut für Menschenrechte (INDH) hat derzeit fünf Anzeigen gegen staatliche Agenten wegen Mordes und 18 wegen versuchten Mordes eingereicht (diese haben sich im Laufe des Monats Dezembers verdoppelt).

Obwohl es keine Wiederholung des verfassungsmäßigen Ausnahmezustands und des Einsatzes tödlicher Waffen wie im Oktober gegeben hat, setzen die Demonstranten weiterhin ihr Leben aufs Spiel, indem sie an friedlichen und öffentlichen Demonstrationen teilnehmen. In einem neuen Fall ertrank Mauricio Fredes (33) am 27. Dezember, nachdem er während einer Massendemonstration in der Nähe der Plaza Dignidad in Santiago in eine Grube mit elektrischen Kabeln und Wasser gestürzt war, als er versuchte, einem Wasserwerfer der Carabineros zu entkommen¹.

2. Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit

Im ersten Bericht wurde bereits, wie dargelegt, der Einsatz von Schrotkugeln, hinterfragt. Zum einen wurde ihre Zusammensetzung und zum anderen die Regeln für ihrer Anwendung hinterfragt. Dennoch hat der Einsatz von Schrotkugeln durch die Polizeikräfte nicht abgenommen. Tatsächlich verzeichnete der INDH in seinem Bericht vom 30. Dezember 1.615 Verletzungen durch Schrotkugeln. Zusätzlich wurden 230 Verletzungen durch Tränengasbomben verursacht, die von Polizeibeamten direkt auf die Körper abgefeuert wurden.

Augenverletzungen sind nach wie vor ein zentraler Bestandteil der von der Polizei umgesetzten Strategie. Laut demselben INDH-Bericht gibt es 359 Augenverletzungen (d.h. mehr als 100 Verletzungen in einem Monat). Darüber hinaus hat dieselbe Behörde 930 Anzeigen wegen verschiedener Arten von Straftaten im Zusammenhang mit Folter und körperlichen Schäden eingereicht, davon 137 aufgrund von sexueller Gewalt. Die spezifische Ausrichtung aufgrund des

¹ Institut für Gerichtsmedizin erbrachte Todesursache von Mauricio Fredes (<https://www.cooperativa.cl/noticias/pais/manifestaciones/sml-entregó-causa-de-muerte-de-mauricio-fredes/2019-12-30/131439.html>)

Geschlechts, die mit dieser Art von Rechtsverletzungen einhergehen, wird weiter unten im Detail analysiert.

Darüber hinaus wurden neue Bedenken hinsichtlich der Zusammensetzung des von der Wasserkanone verwendeten Wassers geäußert, was auf starke allergische Reaktionen der Demonstranten zurückzuführen war, so eine Erklärung einer medizinischen Kommission vor dem Menschenrechtsausschuss des Senats am 9. Dezember². Schließlich wurde am 16. Dezember 2019 eine unabhängige Studie über die Zusammensetzung des in diesen Fahrzeugen verwendeten Wassers veröffentlicht, die festgestellt hat, dass es Spuren von Natronlauge enthielt. Später wurde diese Studie vom chilenischen College of Chemists methodisch hinterfragt. Carabineros gaben jedoch zu, dass sie dem Wasser *Chlorbenzylidenmalononitril* oder CS-Gas hinzufügen³. Bis heute haben sie jedoch keine unabhängige Studie über den Inhalt der verwendeten Flüssigkeit erlaubt.

Angriffe auf Demonstranten wurden sogar mit Fahrzeugen durchgeführt. Es gibt zwei aktuelle Fälle:

- Am 21. Dezember wurde ein junger Mann (20 Jahre alt) auf Plaza Dignidad zwischen zwei gepanzerte Fahrzeuge der Polizei zerquetscht. Durch den Zusammenstoß erlitt er mehrere Beckenbrüche.
- Am 7. Januar wurde ein Minderjähriger von einer Funkpatrouille der Carabineros im Rahmen der Mobilisierungen gegen die PSU (Universitätsauswahltest, Prueba de Selección Universitaria) überfahren. Der Zusammenstoß verursachte ihm einen Oberarmbruch und eine Reihe von Prellungen an den Beinen⁴.

Darüber hinaus gibt es weiterhin Angriffe auf medizinische Rettungsteams und Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen bzw. Beobachter und Menschenrechtsaktivisten vor Ort. Um nur ein Beispiel zu nennen, hat das Berufungsgericht von Valdivia am 7. Januar eine Verfassungsschutzklage zugunsten von 33 medizinischen Fachkräften des Osorno-Basis-Krankenhauses zugelassen, die Opfer von Angriffen der Carabineros geworden waren⁵.

² Menschenrechtskommission des chilenischen Parlaments (Comisión de Derechos Humanos <https://tv.senado.cl/tvsenado/comisiones/permanentes/derechos-humanos/comision-de-derechos-humanos/2019-12-09/142004.html>)

³ Carabineros bestreitet das Vorhandensein von Ätznatron im Wasserwerfer: "Wir haben keine Beweise oder Studien zu diesem Thema" (<https://www.theclinic.cl/2019/12/16/carabineros-niega-presencia-de-soda-caustica-en-agua-del-guanaco-no-tenemos-antecedentes-ni-estudios-al-respecto/>)

⁴ Junger Mann, der in Pudahuel vom Funkwagen überfahren wurde, bleibt im Krankenhaus: INDH sagt, er sei stabil (<https://www.biobiochile.cl/noticias/nacional/region-metropolitana/2020/01/07/joven-atropellado-por-radiopatrulla-en-pudahuel-se-mantiene-internado-indh-asegura-que-esta-estable.shtml>)

⁵ Gericht von Valdivia hat die Verfassungsklage des INDH zugunsten der Gesundheitshelfer bei den von Carabineros angegriffenen Demonstrationen stattgegeben. (<https://www.indh.cl/corte-de-valdivia-acoge-amparo-indh-en-favor-de-voluntarios-de-salud-en-manifestaciones-agredidos-por-carabineros/>)

3. Grundsatz der Rechtmäßigkeit und des ordnungsgemäßen Verfahrens

Die Regierung Piñera bedient sich weiterhin des Strafrechts, um das legitime Recht der Bürger auf Proteste zu unterbinden und macht es zu einem Verbrechen, auf die Straße zu gehen oder an einem Marsch teilzunehmen. So werden illegale Festnahmen, die Anwendung von außerordentlichen Maßnahmen, wie die Sicherungsverwahrung und andere Arten von strafrechtlichen Instrumenten, als vorgezogene Bestrafungen gegen Einzelpersonen eingesetzt. Ein bezeichnender Fall, der im ersten Bericht behandelt wurde, bezieht sich auf den Mathematikprofessor Roberto Campos, der inhaftiert wurde, weil er in den ersten Tagen des Ausbruchs der sozialen Unruhen ein Drehkreuz in einer U-Bahnstation zerbrach. Obwohl diese Straftat - i.d.Regel - als gering eingestuft werden kann und keineswegs den schwerwiegenden Umgang damit rechtfertigt, hat die Regierung sich bemüht, das Gesetz zur inneren Staatssicherheit anzuwenden und damit einen Angriff auf die Sicherheit des Landes geltend zu machen. Der Professor wurde fast zwei Monate lang - vom 30. Oktober bis zum 23. Dezember - in einem Hochsicherheitsgefängnis festgehalten.

Wie wir weiter sehen werden, wiederholen sich Fälle, wie der eben genannte, in verschiedenen Erscheinungsformen und werden mittlerweile auch auf Minderjährige angewandt.

4. Redefreiheit

Die Regierung hat ihre Strategie der Einschränkung der Meinungsfreiheit im ganzen Land fortgesetzt. Berichte und Fälle von Angriffen auf Journalisten und Fotografen während der Demonstrationen haben seit dem Ausbruch nicht aufgehört.

Eine weitere Strategie, die die Regierung derzeit anwendet, besteht darin, Anführer politischer und sozialer Bewegungen anzuprangern, die gegensätzliche politische Positionen vertreten und die nach Ansicht der Regierung "zur Gewalt anstiften". Als Beispiel sei der Fall des politischen Führers Dauno Tótoro genannt, der nach dem Staatssicherheitsgesetz wegen "Anstiftung zur Gewalt" aufgrund von Veröffentlichungen in sozialen Netzwerken verklagt wurde. Obwohl die Beschwerde zunächst abgewiesen wurde, hob das Berufungsgericht dieses erste Urteil auf, und der Fall ist derzeit in Bearbeitung. Die Strategie des Staates zielt daher darauf ab, die Menschen für die Äußerung von Meinungen und Ideen in der öffentlichen Debatte zur Rechenschaft zu ziehen.

Zusätzlich zu dem oben Genannten halten wir es für notwendig auf einige Punkte tiefer einzugehen, um das Ausmaß und die Dimension der Verletzungen seitens des Staats gegen die Bürger besser zu verstehen. Im Folgenden werden wir uns auf 4 Punkte konzentrieren:

- I. Protokoll für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, das von den Carabineros verwendet wird
- II. Missbrauch des Strafrechts zur politischen Repression
- III. Relativierung und Leugnung von Gewalt durch die Regierung
- IV. Sexuelle Gewalt durch Polizeibeamte gegen Demonstranten
- V. Schlussfolgerungen

I. Protokoll für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, das von den Carabineros verwendet wird

Eine der größten Beanstandungen gegen chilenische Polizeikräfte bereits vor dem sozialen Ausbruch war ihr Handeln ohne Beachtung der geltenden Regeln und Protokolle⁶. Der chilenische Staat verteidigt sich gegenüber internationale Beanstandungen mit folgenden Argumenten: Carabineros de Chile und die übrigen Institutionen handeln entsprechend ihrer eigenen geltenden Regeln und Protokolle. Allerdings wurde dabei nicht erörtert, ob die Einhaltung besagter Protokolle in der Lage ist wirkungsvoll die Rechte der Menschen zu garantieren.

Das betreffende Dokument ist das Protokoll zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung der Carabineros von Chile, das im März 2019 in Kraft trat und in sechs Teile gegliedert ist: Schutz des Demonstrationsrechts, Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung, Räumungen, Verfahren gegen Rechtsverletzer, Arbeit mit dem INDH und Organisationen der Zivilgesellschaft, den Medien, dem Büro des Kinderbeauftragten und Anhänge⁷.

Obwohl das Protokoll einen auf internationalen Standards basierenden normativen Rahmen für den Schutz der Menschenrechte als Referenz hat⁸, ist es nicht möglich, die Ausübung der Rechte, die es zu schützen versucht, zu garantieren. So verweist das Protokoll beispielsweise auf Begriffe wie "öffentliche Ordnung" oder "öffentliche Sicherheit", ohne zumindest einen rechtlichen Bezug zur Gewährleistung dieser Grundsätze zu haben⁹. Aus diesem Grund geht sie davon aus, dass der Begriff der Sicherheit oder Ordnung in direktem Zusammenhang mit der Unterwerfung und dem Gehorsam gegenüber dem steht, was der Polizeibeamte als gefährlich erachtet, d.h. was der Beamte in einer Ausübung der subjektiven Einschätzung als eine Veränderung des normalen Funktionierens im Rahmen der Ausübung des Demonstrations- und Versammlungsrechts betrachtet.

Dies lässt sich recht deutlich darstellen, wenn ein solches Protokoll zwischen Demonstrationen unterscheidet. Sie sind also **erlaubt** (im Gegensatz zu den illegalen), wenn sie "in öffentlichen Räumen mit Ruhe, Sicherheit und Respekt für die Mandate der Polizeibehörde stattfinden". Gleichzeitig ist eine Demonstration **gewalttätig**, wenn "gegen die Befehle von Agenten der Behörde verstoßen wird und die Rechte Dritter, wie z.B. der freie Verkehr der Straßen, verletzt werden", sie wird **aggressiv**, wenn "Schaden entsteht oder wenn Personen oder Polizeibehörden absichtlich angegriffen werden".

Der Bezugspunkt für die Einstufung der Ausübung eines verfassungsmäßig anerkannten Rechts als rechtswidrig, gewalttätig oder aggressiv, ist die Befolgung einer Anordnung oder des guten

⁶ Kürzlich wurde ein eine Reportage erstellt, die den beunruhigenden Grad an Unwissenheit der Polizeibeamten über ihre eigenen Vorschriften aufzeigt. Sie weisen beispielsweise darauf hin, dass die meisten Polizeibeamten es für rechtmäßig halten, eine Person zur Entkleidung zu zwingen, was gesetzlich verboten ist. Quelle: https://www.cnnchile.com/pais/talleres-derechos-humanos-carabineros_20191128/

⁷ Erhältlich zur Einsicht (auf Spanisch) unter: <https://www.diariooficial.interior.gob.cl/publicaciones/2019/03/04/42295/01/1556120.pdf>

⁸ Er zitiert unter anderem die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, die Amerikanische Menschenrechtskonvention, das Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung.

⁹ Anhang 2 enthält 33 Definitionen. Keiner von ihnen bezieht sich auf diese beiden Konzepte, die die Aktionen des Polizeibeamten auslösen.

Urteilsvermögens der Polizei. Diese Gesetzeskonfiguration bringt einen zutiefst antidemokratischen und repressiven Geist mit sich: So wie im alten Rom der Frieden durch die Militarisierung - die sogenannte *pax romana* - erreicht wurde, unterliegen nun Ruhe, Sicherheit und Ordnung zur Ausübung von Rechten wie Meinungs- oder Demonstrationsfreiheit - als Grundlage oder Voraussetzung dafür - dem Ermessen des Polizisten. Die Konsequenzen sind ohne weiteres klar.

Abgesehen von den oben genannten Unterscheidungen enthält das Protokoll keine klaren Normen für die Ermittlung von Fällen, in denen ein tatsächliches Eingreifen oder eine verhältnismäßige Anwendung von Gewalt erforderlich ist. Mit anderen Worten, sie lässt das Feld für die polizeiliche Beurteilung offen, wo es stattdessen eine strenge Standardisierung der Annahmen und ernsthaft durchdachte Interventionsmaßnahmen geben sollte.

Aber neben der Öffnung dieser weiten Bereiche des polizeilichen Ermessensspielraums enthält das Protokoll auch Regelungen, die offensichtlich falsch und erniedrigend sind. So wird beispielsweise in Bezug auf die **Registrierung von inhaftierten Personen** in dem Dokument festgelegt, dass *"dies so weit wie möglich von Personal desselben Geschlechts durchgeführt wird"*¹⁰. Mit anderen Worten, sie garantiert die Würde der Person so weit wie möglich. Diese eklatante Relativierung der Rechte der Angeklagten ist besonders besorgniserregend angesichts der hohen Zahl von Beschwerden über sexuelle Gewalt.

Im Hinblick auf die **Behandlung und den Dialog mit den Medien** ist die Vorsichtsmaßnahme hervorzuheben, dass der Polizeibeamte "nicht vom Bereich oder der Umgebung der Medien beeinflusst wird"¹¹. Diese Vorsichtsmaßnahme ist nicht klar und erlaubt es dem Polizisten, je nach Art des Journalisten, der seine Arbeit macht, voreingenommen zu handeln. Auf diese Weise gibt sie der Institution ein normatives Instrument an die Hand, um zwischen den Medien zu diskriminieren und die Presse- und Informationsfreiheit in den Griff zu bekommen.

Was die **Möglichkeit des Einsatzes von Waffen** betrifft, die nicht tödlich sind, aber physische oder psychische Schäden verursachen, die die Würde der Bürgerinnen und Bürger verletzen, sollte der Umsicht, die der UN-Sonderberichterstatter für Folter und andere unmenschliche und erniedrigende Behandlung, Nils Melzer, in einem Bericht von 2017 aufgenommen hat, besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden:

Eine Waffe sollte als von Natur aus grausam, unmenschlich oder erniedrigend angesehen werden, wenn sie speziell dafür konstruiert ist oder wenn sie aufgrund ihrer Beschaffenheit (d.h. wenn sie keine andere praktische Verwendung hat) dazu dient, a) unnötige, übermäßige oder anderweitig unrechtmäßige Gewalt gegen Personen anzuwenden oder b) wehrlosen Personen Schmerzen und Leiden zuzufügen¹².

Dies gilt insbesondere im Kontext von Demonstrationen oder Situationen außerhalb der eigentlichen Verhaftung.

¹⁰ Allgemeine Verpflichtungen, Punkt 3.

¹¹ Allgemeines, Punkt 9.

¹² Melzer, Nils (2017). Bericht "Anwendung von Gewalt außerhalb der Haft und des Verbots von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe" des UN-Sonderberichterstatters für Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, S. 20. (<https://undocs.org/A/72/178>)

Mit anderen Worten: Repression mit nicht-tödlichen Waffen kann zu Folter werden. Die Carabineros haben systematisch unter dieser Annahme gehandelt, denn selbst wenn sie sich an das Protokoll halten, sieht es ihre Nutzung ohne andere Einschränkungen als den oben diskutierten Begriff der öffentlichen Ordnung vor.

Dies bedeutet, dass der Einsatz von nicht-tödlichen Waffen durch die Carabineros nicht nur unverhältnismäßig und diskretionär ist, sondern auch eine Form der Folter darstellt. Auf diese Weise wurde die Bürgerschaft im Rahmen der Ausübung der Rechte und öffentlichen Freiheiten mit repressiven Praktiken konfrontiert, *die verwunden und verstümmeln, aber nicht töten*. Aus den obigen Ausführungen geht aus dem zitierten Bericht hervor, dass "weniger tödliche" Waffen zwar so konzipiert sind, dass sie neutralisieren und gleichzeitig tödliche Folgen vermeiden, aber auch speziell darauf ausgelegt sind, Schmerzen oder Leiden zuzufügen, um Menschen, die Gegenstand ihres Einsatzes sind, abzuwehren oder anderweitig zu zwingen"¹³. Dies liegt auch daran, dass ihre Verwendung nicht als tödlich und daher gefährlich schwer zu überwachen oder zu kontrollieren ist.

Ein weiteres Problem ist der Einsatz von weniger tödlichen Waffen mit wahlloser Wirkung, wie z.B. Tränengasbomben. In diesem Fall wird es immer schwierig sein, die Anwendung von Gewalt und die daraus resultierenden Schäden zu begrenzen, insbesondere in Anwesenheit unschuldiger Zuschauer (z.B. bei der Kontrolle von Menschenmengen oder Geiselnahmen). Daher sollte seine Verwendung stets restriktiv sein. Der wahllose Einsatz macht eine Waffe jedoch notwendigerweise grausam, unmenschlich oder erniedrigend; dies kann in Verbindung mit der Schwere ihrer Auswirkungen (z.B. einige Geschosse mit kinetischer Wirkung) oder mit den Umständen, unter denen sie eingesetzt wird (z.B. Tränengas in geschlossenen Räumen), geschehen¹⁴. Der wichtigste Fall sind natürlich die Augenverletzungen.

All diese Elemente geben uns ein klares Bild von den Regeln, die das Vorgehen der Polizei regeln: Sie gehen davon aus, dass es das individuelle Kriterium des Carabinero sein wird, der den repressiven Charakter einer Demonstration verleiht oder nicht, ohne auch nur Elemente zu geben, die eine Art von Verantwortung dafür zulassen. Dies verstößt völlig gegen das Vorsorgeprinzip bei der Anwendung von Gewalt, das Sonderberichterstatter Melzer selbst als grundlegend bezeichnet, und zwar speziell im Zusammenhang mit der Anwendung von Gewalt außerhalb des Strafvollzugs. Dieser Grundsatz besagt kurz und bündig Folgendes:

Obwohl die Anwendung von Gewalt notwendig und den unmittelbaren Umständen eines Falles angemessen ist, kann sie dennoch unrechtmäßig sein, wenn sie sich aus einem Versäumnis ergibt, Operationen zu planen, zu organisieren und zu kontrollieren, um den Schaden zu minimieren, menschliches Leben zu respektieren und zu erhalten und übermäßige Gewaltanwendung zu vermeiden¹⁵.

Während dieselbe Einleitung zum Protokoll zwischen verschiedenen Arten von Widerstand (passiv, aktiv) unterscheidet und darauf hinweist, dass nicht alle Demonstranten als "Gesetzesbrecher" kriminalisiert werden sollten (sogar die Forderung nach einer Unterscheidung

¹³ Melzer, Nils (2017). Bericht "Anwendung von Gewalt...", S. 21.

¹⁴ Melzer, Nils (2017). Bericht "Anwendung von Gewalt...", S. 21.

¹⁵ Melzer, Nils (2017). Bericht "Anwendung von Gewalt...", S. 8.

zwischen friedlichen und gewalttätigen Demonstranten), kann eine solche Einschätzung nur manichäisch und wenig hilfreich sein, da sie nicht zwischen "guten Demonstranten" und "schlechten Demonstranten" unterscheiden kann. Schließlich soll es wieder in das Ermessen des Polizisten gestellt werden, wer die Legitimität hat, zu demonstrieren und wer nicht.

Im Einklang mit dem Vorstehenden ist es wichtig, die Elemente der Gewaltanwendung im Zusammenhang mit der Ausübung von Rechten hervorzuheben, die von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union als grundlegend angesehen werden. Dies ist der Fall beim "*chilling effect*" oder entmutigende Wirkung, auch Abschreckungseffekt¹⁶, einem vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte geprägten Begriff, der dann auftritt, wenn die Staaten nicht besonders darauf achten, gewaltfreies Verhalten zu bestrafen, das während der Abhaltung einer friedlichen Versammlung oder Demonstration auftritt und daher am Ende die gesamte Demonstration bestraft. Eine Kundgebung sollte nicht der Androhung strafrechtlicher Sanktionen unterliegen, insbesondere wenn es sich um eine Freiheitsstrafe handelt. Mehr noch: Der Gerichtshof betont, dass die Tatsache, dass einige der an einer Demonstration teilnehmenden Personen Aggressionen begehen oder gewalttätige Absichten haben, nicht bedeutet, dass die Versammlung nicht in den Anwendungsbereich von Artikel 11 der EMRK (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) fällt. Folglich muss auf den friedlichen oder gewalttätigen Zweck der Organisatoren geachtet werden.

Im Kontext von Mobilisierungen, die massenhaft und bereichsübergreifend sind, sind die Protokolle, die das Vorgehen der Polizei geleitet haben, nicht darauf ausgerichtet, die Ausübung der Rechte der Bürger wirksam zu schützen und zu sichern. Ganz im Gegenteil: sie hemmen sie und lassen es zu, dass sie verletzt werden, während sie diese Rechte ausüben. Obwohl ein wichtiger Teil der in dieser Zeit begangenen Menschenrechtsverletzungen die Folge einer systematisch willkürlich und diskretionär agierenden Polizei sind, gibt es daher in der rechtlichen Realität Vorschriften, die trotz des Verbots vieler Verhaltensweisen das diskretionäre Handeln der Polizei zum Nachteil der Bürgerrechte sanktionieren. Ein demokratisches Denken über die öffentliche Ordnung und Sicherheit setzt voraus, dass dies den Schutz der Bürgerinnen und Bürger und nicht der Polizeikräfte zum Ziel hat.

¹⁶ Bea, D. C. (2019). La doctrina del efecto desaliento como punto de conexión entre el Derecho penal y los derechos fundamentales | The chilling effect doctrine as a connection point between Criminal Law and fundamental rights. Cuadernos Electrónicos de Filosofía del Derecho, (41), 97-116.
<https://ojs.uv.es/index.php/CEFD/article/view/13969>

II. Missbrauch des Strafrechts zur politischen Repression

Seit Beginn der Proteste im Oktober hat die nationale Behörde alle verfügbaren strafrechtlichen Mittel eingesetzt, um die Demonstranten, seien es gesellschaftliche Akteure oder führende Persönlichkeiten, für ihre Aktionen oder sogar ihre Aussagen zu verfolgen und politisch einzuschüchtern. Wie der Menschenrechtskoordinator der Universität von Chile, Claudio Nash, erklärt hat, gibt es Fälle, in denen "das Strafrecht und die Strafe als symbolische Elemente eingesetzt werden", wo "die Behörde eine Botschaft senden wollte, dass es bestimmte Arten von Verbrechen und bestimmte Arten von Menschen gibt, die besonders verfolgt werden"¹⁷.

Einige dieser Situationen wurden im ersten Menschenrechtsbericht dieses Ausschusses festgestellt, wie der Versuch der strafrechtlichen Verfolgung, den das Bürgermeisteramt von Santiago gegen den Führer Dauno Tótoro allein deshalb unternommen hat, weil er seine Meinung gegen Präsident Sebastián Piñera geäußert hat, oder der Missbrauch des Rechtsmittels der Sicherungsverwahrung, ein Thema, das sich leider seit der Erstellung des ersten Berichts und des aktuellen Berichts, anstatt nachzulassen, verfestigt zu haben scheint. Im Folgenden werden einige dieser anderen Formen beschrieben:

a.- Inhaftierung und Aufrechterhaltung der Sicherungsverwahrung von Minderjährigen.

Dies ist der Fall der Minderjährigen Kevin Uribe und Mauricio Gómez, die am 29. November in der Nähe des Intermodalen Bahnhofs La Cisterna von Beamten der Kriminalpolizei (PDI) festgenommen wurden. Sie sind nach dem Gesetz über die innere Staatssicherheit angeklagt, Material zur Herstellung einer Molotow-Cocktail-Bombe mitgeführt zu haben, aber nach der Version der Verteidigung hatten sie nur Alkohol und ein Handtuch bei sich. Am 2. Januar beschloss ein Richter, die Maßnahme aufzuheben und durch einen Hausarrest zu ersetzen, eine Entscheidung, die vom Berufungsgericht von San Miguel abgelehnt wurde, welches erklärte, dass die Minderjährige eine Gefahr für die Gesellschaft darstellen¹⁸.

b. - Unverhältnismäßigkeit der Maßnahme der Sicherungsverwahrung und fehlende Beweise gegen Personen, die beginnen, die Anerkennung ihres Status als politische Gefangene zu fordern.

Dies ist zum Beispiel der Fall von Rubén Rivas, Gilberto Mendoza und Esteban Bustos, drei junge Menschen, die in der Gemeinde Pedro Aguirre Cerda in der Nähe einer Barrikade, die auf der das Gebiet durchquerenden Bahnlinie angezündet wurde, verhaftet wurden. Sie werden beschuldigt, die Bahnlinie zu blockieren und die Gefahr einer Entgleisung zu verursachen¹⁹. 61 Tage bis drei Jahre Gefängnis riskieren die jungen Männer. Seit dem 30. Oktober werden sie im Hochsicherheitsgefängnis festgehalten, 21 Stunden lang in einer Zelle eingesperrt. Sie haben jedoch nicht nur keine Unterlagen, die eine solche belastende Maßnahme gegen den Angeklagten rechtfertigen würden, sondern es fehlen auch konkrete Beweise: Es gibt

¹⁷ Die Untersuchungshaft, die fragliche Maßnahme, die die Justiz gegen die Häftlinge des Ausbruchs aufrechterhält (<http://www.dpp.cl/resources/upload/files/documento/3cdef92658370dd7577bdd73bceed5ba.pdf>)

¹⁸ "Mein Sohn wird von der Regierung gekidnappt": Zwei Teenager, die beschuldigt werden, angeblich Molotow-Cocktails bei sich zu tragen, werden noch immer im Sename festgehalten (<https://www.eldesconcierto.cl/2020/01/08/a-mi-hijo-lo-tiene-secuestrado-el-gobierno-dos-adolescentes-acusados-por-supuesto-porte-de-bombas-molotov-siguen-presos-en-el-sename/>)

¹⁹ Straftat nach Artikel 105 des Eisenbahngesetzes.

nur zwei Feuerzeuge und einige mit Bleistift geschriebene Flugblätter mit der Botschaft: "Keine Krümel. Lass uns alles nehmen"²⁰.

Die Forderung der Jugendlichen nach Anerkennung der Qualität eines politischen Deliktes, so der Verteidiger Lorenzo Morales, rührt daher, dass die Dauer der Haft und die Bedingungen eindeutig in einem Missverhältnis zu der vermuteten Straftat stehen, da sie glauben, dass es sich um eine aus politischen Gründen verhängte Maßnahme handelt.

Ein weiterer Fall, den wir erwähnen können, ist der von Alejandro Carvajal, der beschuldigt wird, die Universidad Pedro de Valdivia in Brand gesteckt zu haben, und der sich seit dem 8. November ebenfalls in Untersuchungshaft befindet. Am 30. Dezember 2019 fand eine Anhörung statt, um diese Vorsichtsmaßnahme zu überprüfen und die Möglichkeit zu bewerten, sie durch eine Maßnahme des Hausarrests zu ersetzen. Die Verteidigung begründete ihren Antrag damit, dass das Gutachten über vorhandene Kraftstoffe in der Kleidung und den Händen des jungen Mannes negativ ausgefallen sei. Diese Beweise wurden jedoch zurückgewiesen und die Ersatzmaßnahme verweigert, weshalb der junge Mann seit mehr als 60 Tagen in Sicherungsverwahrung ist und für ein im Rucksack gefundenes Papier eine Strafe von 15 Jahren riskiert²¹.

c.- Das Innenministerium bestätigt die Verurteilung der Studentenfürer durch das Gesetz über die innere Sicherheit des Staates. Nach den Angaben des Unterstaatssekretärs des Innenministeriums, Juan Francisco Galli, reichte das entsprechende Ministerium eine Beschwerde nach dem Staatssicherheitsgesetz wegen des Boykotts ein, den die Gymnasiasten am 6. und 7. Januar im Land mit dem Ziel durchgeführt haben, den Hochschulauswahltest 2020 nicht durchzuführen. Die Beschwerde wurde gegen eine Reihe von Personen, einschließlich der Leiter der Koordinierenden Versammlung der Sekundarschüler (ACES), eingereicht, und das Verbrechen, das ihnen vorgeworfen wird, ist das in Artikel 6(c) enthaltene, das sich auf die Aufstachelung, Förderung der Unterbrechung oder Beeinträchtigung eines Dienstes von öffentlichem Nutzen bezieht", sagte der Staatssekretär, der hinzufügte, dass die Staatsanwaltschaft die Beschwerde angenommen und bereits Ermittlungen angeordnet habe²².

d.- Deutliche Erhöhung der Anzahl der Anhörungen zur Inhaftierungskontrolle im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres. Im Gegensatz zu den Zahlen für die Untersuchungshaft, die im Oktober erheblich zugenommen hatten, sowie zu den für illegal erklärten Inhaftierungen (die sich inzwischen jedoch wieder normalisiert haben), gibt es bei den Anhörungen zur Kontrolle der Inhaftierung erhebliche Unterschiede. Nach den Zahlen der Pflichtverteidigung fanden zwischen dem 18. Oktober und dem 25. November 28.659 Anhörungen zur Haftprüfung statt, 16,4% mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Staatsanwaltschaft ihrerseits errechnete bis zum 6.

²⁰ Die Untersuchungshaft, die fragliche Maßnahme, die die Justiz gegen die Häftlinge des Ausbruchs aufrechterhält (<http://www.dpp.cl/resources/upload/files/documento/3cdef92658370dd7577bdd73bceed5ba.pdf>)

²¹ Junger Mann, der der Abbrennung der Universität beschuldigt wird, bleibt in Haft: Familie beschuldigt, dass Beweise zu seinen Gunsten ignoriert wurden (<https://www.elciudadano.com/especiales/chiledesperto/joven-acusado-de-quemar-universidad-continua-en-prision-preventiva-familia-acusa-que-se-han-ignorado-pruebas-en-su-favor/12/31/>)

²² Innenministerium bestätigt Staatssicherheitsgesetz Beschwerde gegen ACES-Führer wegen Boykotts der PSU (<https://www.elmostrador.cl/noticias/pais/2020/01/08/interior-confirma-denuncia-por-ley-de-seguridad-del-estado-contra-dirigentes-aces-por-boicot-a-la-psu/>)

Dezember einen Anstieg der Verfahrensformalitäten um 51% gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 28.044²³.

Zusammenfassend und in Übereinstimmung mit der vorhergehenden Analyse des Protokolls, unter dem die Carabineros de Chile arbeiten, kann man sagen, dass die Regierung Piñera alle ihr zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel nutzt, um die Demonstranten zu unterdrücken und zu inhaftieren. Während dies unter dem Diskurs der Gewaltkontrolle und Friedensgarantie gerechtfertigt ist, ist die Realität, dass die aktive Ausübung des Demonstrations- und Versammlungsrechts durch die Bürger systematisch und koordiniert bestraft wird.

²³ Die Untersuchungshaft, die fragliche Maßnahme, die die Justiz gegen die Häftlinge des Ausbruchs aufrechterhält (<http://www.dpp.cl/resources/upload/files/documento/3cdef92658370dd7577bdd73bceed5ba.pdf>)

III. Relativierung und Leugnung von Gewalt durch die Regierung

Die Regierung von Sebastián Piñera hat seit Beginn der Proteste im Oktober 2019 ständig gehandelt, indem sie die Existenz von Menschenrechtsverletzungen verheimlichte oder klein redete und die Aktionen der Carabineros de Chile und der Streitkräfte unterstützte. Dies stellt eine verleugnende Haltung dar, da die Regierung versucht, empirisch überprüfbare Tatsachen für politische Zwecke zu leugnen oder sie mit anderen Situationen zu kontrastieren, um eine Kompensation oder ein Unentschieden zu erreichen und so die Schwere der Verstöße zu mindern. In diesem Sinne könnten wir die Haltung der Exekutive in zwei Linien organisieren: die direkte Leugnung der Realität der fraglichen Tatsachen oder das Erfinden eines internen oder externen Feindes, der koordinierte destabilisierende Aktionen durchführte, die die repressive Reaktion rechtfertigen würden.

a. These vom inneren oder äußeren Feind. Von den ersten Tagen der Proteste an bezeichnete Sebastián Piñera die Proteste als die Intrige eines "mächtigen Feindes", mit dem die Regierung "im Krieg" wäre und der böswillig "mit dem einzigen Ziel, den größtmöglichen Schaden zu verursachen", handelte. So wurde die diskursive Strategie der Regierung in einer Rede am 20. Oktober 2019 zur Rechtfertigung des rechtsstaatlichen Ausnahmezustands eingeleitet²⁴. Die Formel hat Vorläufer in der Diktatur von Augusto Pinochet, der auch darauf hinwies, dass sich Chile "in einem Krieg zwischen Marxismus und Demokratie" befand²⁵. Obwohl die Regierung es seither wegen des von ihr verursachten politischen Nachhalls vermieden hat, diese Formulierung öffentlich zu verwenden, gibt es immer noch spätere Aufzeichnungen über ihre Verwendung in Reden, zumindest bis Ende November²⁶.

Zwar ist die Verwendung der Kriegsmetapher in den bisherigen Reden des Präsidenten ("Zollkrieg", "Krieg gegen den Klimawandel") präsent, doch nimmt sie erst jetzt apologetische Konnotationen für staatliche Gewalt an. In der Tat:

(...) der Diskurs ist nicht neu, aber was sich ändert, ist der Referent, auf den er angewendet wird. Es handelt sich um eine strafende und erschreckende Ideologie (Wodak, 2015), die bis dahin auf Kriminalität, Drogenhandel und Terrorismus angewandt wurde, aber nun auf eine Situation des sozialen Chaos zielt, die sowohl Plünderungen und Barrikaden als auch Märsche, Proteste und Töpfe schlagen (Caceroleos) im gemeinsamen öffentlichen Raum umfasst. Der Kriegsdiskurs legitimiert die Ausrufung des Ausnahmezustands und die Nutzung des legitimen staatlichen Gewaltmonopols, einschließlich der Streitkräfte, zur Unterdrückung des gesellschaftlichen Protests²⁷.

²⁴ Die vollständige Rede ist online verfügbar - Präsident Piñera: "Wir befinden uns im Krieg mit einem mächtigen Feind" <https://www.youtube.com/watch?v=jlxnm7dGUA>

²⁵ Als Pinochet mitten in der Diktatur sagte, dass "wir in einem Krieg sind" <https://www.elmostrador.cl/noticias/multimedia/2019/10/21/cuando-pinochet-en-plena-dictadura-decia-que-estamos-en-una-guerra/>

²⁶ Piñera beim Besuch der PDI: "Wir stehen einem mächtigen, unerbittlichen Feind gegenüber, und wir haben das Recht, uns gegen ihn zu verteidigen".

https://www.cnnchile.com/pais/pinera-visita-pdi-enemigo-poderoso-implacable_20191128/

²⁷ Navarro, Federico & Tromben, Carlos (2019). "Estamos en guerra contra un enemigo poderoso, implacable": los discursos de Sebastián Piñera y la revuelta popular en Chile. *Literatura y Lingüística*, (40), 295 - 324. S. 314 ("Wir befinden uns im Krieg mit einem mächtigen, unerbittlichen Feind": Die Reden von Sebastian Piñera und der Volksaufstand in Chile)

Diese diskursive Strategie wurde mit der Idee eines ausländischen Feindes bekräftigt, der unter dem Befehl feindlicher Regierungen agiert, um Gewaltakte zu schüren.

Die ersten Signale dieser Strategie wurden im letzten Bericht erwähnt und betreffen zwei Nachrichten aus der offiziellen Zeitung La Tercera, die nach angeblichen Informationen aus Polizeiquellen veröffentlicht wurden: "Polizei identifiziert einen der Brandstifter der Metrostationen" und "Regierung untersucht die Rolle der Venezolaner in Twitter". Durch diese Notizen begann sich ein rassistisches politisches Profil der Gewalttäter zu bilden.

Obwohl die Regierung durch die Staatsanwaltschaft widerlegt wurde, bestand sie auf diesem Profil. Am 21. Dezember enthüllte die Zeitung La Tercera wieder einmal den Inhalt eines Regierungsberichts, der laut Innenminister Gonzalo Blumel "außerordentlich ausgefeilte Informationen auf der Grundlage von Analysen mit Big-Data-Technologien, mit Informationstechnologien" enthielt. Der Inhalt dieses Berichts (der nie öffentlich bekannt gegeben wurde) wurde der Staatsanwaltschaft übergeben, um ein Profil der Protestierenden auf der Grundlage einer Analyse der sozialen Netzwerke seit dem 18. Oktober zu erstellen, und weist unter anderem darauf hin, dass 31% der Nachrichten in sozialen Netzwerken von Personen außerhalb Chiles stammen würden. Dies wurde von der Regierung als Beweis für den "ausländischen Einfluss" bei den Demonstrationen verwendet. Darüber hinaus werden eine Reihe von öffentlichen Gesichtern identifiziert, die ebenfalls für die Meinungsbildung und Mobilisierung der Menschen zu diesem Thema verantwortlich wären²⁸. Spätere Erklärungen einer Gruppe von Akademikern, die das Angebot der Regierung zur Erstellung des Berichts ablehnten, bestätigten die Absicht der Exekutive: Es ging darum, die Existenz ausländischer Interventionen zu beweisen²⁹.

b. Verleugnung der Realität. Die zweite Strategie der Regierung, um die Schwere der Menschenrechtsverletzungen im Land klein zu reden, ist die Leugnung der Wahrheit oder der Schwere der Tatsachen.

So bezeichnet Sebastián Piñera beispielsweise in seinen einzigen diskursiven Bezügen zur Polizeigewalt diese als "Exzesse", "Misshandlungen", "Missachtung des Protokolls" oder individuelle "Verbrechen"³⁰, ohne irgendeine Art von institutioneller Verantwortung anzuerkennen³¹.

Darüber hinaus wurde ein Mantel des Zweifels über die Existenz der Verstöße selbst ausgebreitet. Der wichtigste Meilenstein in dieser Strategie war die Entdeckung eines Interviews, das Präsident Sebastián Piñera am 15. Dezember in der Sendung *Oppenheimer Presenta* von **CNN en español** gab, in dem er erklärt, dass es eine "Kampagne der Desinformation, der falschen Nachrichten und

²⁸ Big Data der Regierung: Die Einzelheiten des Berichts über den sozialen Ausbruch, den sie der Staatsanwaltschaft vorgelegt hat <https://www.latercera.com/la-tercera-domingo/noticia/big-data-del-gobierno-los-detalles-del-informe-estallido-social-entregado-la-fiscalia/947967/>

²⁹ Akademiker, die sich weigerten, einen Big-Data-Bericht zu erstellen, enthüllen, dass die Regierung sie gebeten hat, eine ausländische Intervention zu beweisen. https://www.cnnchile.com/pais/academicos-rechazaron-informe-big-data_20191224/

³⁰ Chile: Piñera verurteilt Polizeigewalt und sagt, dass es keine Straflosigkeit geben wird <https://www.youtube.com/watch?v=r3rXXNDsyF0>

³¹ Zum Beispiel: <https://www.youtube.com/watch?v=r3rXXNDsyF0>

der Inszenierung gibt, um ein Gefühl der totalen Unordnung und Krise zu schaffen"³². Anschließend stellte er die zahlreichen Aufzeichnungen von Bürgern über Exzesse und Missbräuche in Frage:

"Es gibt viele von ihnen (Videos), die falsch sind, die außerhalb Chiles gefilmt werden oder die verzerrt sind, und deshalb haben wir hier zweifellos eine Desinformationskampagne vor uns, die nur sehr schwer zu bekämpfen ist, weil die Medien wenig Kapazität hatten, die Wahrheit zu überprüfen."³³

Die Falschheit der Tatsachen würde mit der Generierung dieser durch außenstehende Agenten Hand in Hand gehen. Auf diese Weise werden die beiden Regierungsstrategien am Ende untrennbar miteinander verbunden.

Kurzum, die Regierung hat sich der Schaffung eines diskursiven Klimas verschrieben, das das gewalttätige Handeln des Staates gegenüber seinen Bürgern naturalisiert. Dies geschah einerseits durch die Konfiguration eines politischen Feindes, dem die Ordnungskräfte entgegenwirken würden, andererseits durch die Infragestellung der Existenz von Beschwerden und Aufzeichnungen über die im ganzen Land ausgeübte Gewalt. Auch dies ist kein Zufall: Dieses Klima lässt es notwendig (und sogar wünschenswert) erscheinen, sozialen Protest zu unterdrücken, und geht Hand in Hand mit den oben beschriebenen Einsätzen des kriminellen und polizeilichen Apparates.

³² Das Interview wurde fast 10 Tage später (am 26. Dezember) von Nutzern sozialer Netzwerke entdeckt: <https://www.24horas.cl/nacional/pinera-acusa-montajes-gigantescos-e-intervencion-de-gobiernos-extranjeros-en-chile-3814962> (Piñera klagt " gigantische Täuschungskampagne" und Intervention von ausländischen Regierungen in Chile an)

³³ Das komplette Video mit dem Interview: <https://www.youtube.com/watch?v=RaV-24VOGQg>

IV. Sexuelle Gewalt von Polizeibeamten gegen Demonstranten

Eine der wichtigsten Formen der Exzesse der chilenischen Polizei gegen die während der Proteste verhafteten Bürger ist die sexuelle Gewalt, die bisher insgesamt 208 Fälle von sexueller Gewalt an das Nationale Institut für Menschenrechte gemeldet haben, aus denen 137 Beschwerden hervorgegangen sind, die von dieser Institution sinngemäß eingereicht wurden und die nach den Angaben des INDH in seinem Bericht vom 30. Dezember 2019 Entblößungen, Berührungen, Drohungen, Beleidigungen und vier Vergewaltigungen umfassen.

Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte hat ein weit gefasstes Konzept der sexuellen Gewalt angenommen, das sich auf die internationale Rechtsprechung stützt und als normativen Rahmen die Amerikanische Menschenrechtskonvention und die Interamerikanische Konvention zur Verhinderung, Bestrafung und Beseitigung von Gewalt gegen Frauen verwendet. In diesem Sinne ist sie der Ansicht, dass sie bei *"Handlungen, die an einer Person ohne ihre Zustimmung begangen werden, die über dem Verständnis des physischen Eindringens in den menschlichen Körper hinaus, auch Handlungen umfassen können, die keine Penetration oder gar keinen physischen Kontakt beinhalten"*³⁴, gegeben ist. Der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen über Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe hat darauf hingewiesen, dass sexuelle Gewalt Ausdruck geschlechtsspezifischer Gewalt ist, **die sich gegen jede Person aufgrund ihres Geschlechts und der jedem Geschlecht von der Gesellschaft zugewiesenen Rollen richtet**. Diese Gewalt betrifft oft hauptsächlich Frauen, Mädchen, Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle (LGBTI). Wenn sie im Zusammenhang mit staatlichem Gewaltsam stattfindet, umfasst sie sehr oft Vergewaltigung und andere Formen sexueller Gewalt wie die Androhung von Vergewaltigung, Berührungen, Entblößung, unnötig invasive Körperdurchsuchungen, Beleidigungen und Demütigungen sexueller Art. Insbesondere die als "korrigierende Vergewaltigung" bekannte Praxis betrifft hauptsächlich LGBTI-Personen.

Auch wenn die Zahl der Beschwerden und Klagen bereits überwältigend ist, gibt es ein weiteres großes Problem, das damit zusammenhängt, dass die meisten der mit diesem Thema befassten Stellen ausdrücklich anerkennen, dass ein erheblicher Anteil der Fälle nicht an die Justiz gemeldet wird, was eine andere Form der Gewalt impliziert, ein Problem, das durch die Angst und die sozialen Vorurteile erklärt werden könnte, die mit dem Prozess der Berichterstattung und der eventuellen Kenntnis der Öffentlichkeit von den Fakten verbunden sind, sowie die psychischen Schäden, die den Opfern dadurch entstehen, dass sie ihre Geschichte wiederholt erzählen müssen (wiederholte Opfererfahrung) und vor allem in dem Umstand, dass die Anzeigen genau vor derselben Polizeibehörde zu erstatten ist, die die Rechtsverletzungen begehen, so dass sie vorzugsweise dazu neigen, zu schweigen oder die Begleitung von feministischen Organisationen zu suchen³⁵.

Der Grund für den Rückgriff auf feministische Organisationen liegt darin, dass trotz der Tatsache, dass die größte Anzahl von verletzten und inhaftierten Opfern Männer sind, wenn wir uns auf

³⁴ Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte, Fall Rosendo Cantú und andere gegen Mexiko. Vorläufiger Einspruch, Reparationen und Kosten - Urteil vom 31. August 2010, Absatz 109.

³⁵ Fußnote 83 des INDH-Berichts. Monitoringbericht Nr. 24, Amt für Rechtsverteidigung, Universität von Chile.

Verletzungen im sexuellen Bereich beziehen, sich die zahlenmäßige Korrelation ändert, da es hauptsächlich weibliche Opfer betrifft (ungeachtet, dass es immer auch Männer betrifft).

Aus diesem Grund haben feministische Organisationen in Chile - als Maßnahme zur Bekämpfung der sexuellen Gewalt der Polizei gegen Protestierende - den Rücktritt der Ministerin des Ministeriums für Frauen und Gleichstellung der Geschlechter, Isabel Plá, gefordert, die seit Beginn des sozialen Ausbruchs lange Zeit über die sexuelle Gewalt gegen weibliche Opfer geschwiegen hat. Die Grundlage für diesen Vorwurf liegt in der Nichteinhaltung ihrer gesetzlichen und verfassungsmäßigen Pflichten und internationalen Verträge, da das Ministerium am 9. November 2019, nach fast 20 Tagen seit Beginn der Menschenrechtsverletzungen, immer noch keine Beschwerde wegen sexueller Gewalt gegen Frauen verzeichnete. Das Ministerium behauptete, dass sie keine Beschwerde dieser Art erhalten hat, Aussagen, die vom feministischen Sektor weithin kritisiert wurden, da allein die Anzeige berücksichtigt wird und dabei die Pflicht des Staates, die Einhaltung der Konvention gegen alle Formen der Diskriminierung von Frauen und anderer relevanter Vorschriften zu gewährleisten, auf weibliche Opfer mit absoluter Indolenz übertragen wird³⁶.

Auf diese Weise hat der Staat Chile durch seine Ministerin Isabel Plá symbolische und institutionelle Gewalt gegen weibliche Gewaltopfer ausgeübt, indem er seine gesetzlichen, verfassungsmäßigen und internationalen Verpflichtungen nicht erfüllt hat, die in Artikel 1 des Gesetzes zur Gründung des Ministeriums ausdrücklich anerkannt werden, in dem die Pflicht festgeschrieben ist, "...die Beseitigung aller Formen der willkürlichen Diskriminierung von Frauen anzustreben", und noch mehr, indem er sich unsichtbar gemacht und es unterlassen hat, sich zu solch schweren Menschenrechtsverletzungen zu äußern (Gesetz 20.820).

³⁶ Isabel Plá gegen die Seile: Die Argumente der feministischen Organisationen, den Rücktritt der Frauenministerin zu fordern
<https://www.eldesconcierto.cl/2019/11/09/isabel-pla-contra-las-cuerdas-los-argumentos-de-las-organizaciones-feministas-para-exigir-la-renuncia-de-la-ministra-de-la-mujer/>

V. Schlussfolgerungen

In Chile werden die Menschenrechte der Bevölkerung seit Beginn der sozialen Explosion im Oktober 2019 massiv von staatlichen Kräften verletzt. Das Ziel dieses Berichts war es, die verfügbaren Informationen über diese schweren Verstöße zu ordnen und zusammenzufassen, um zu informieren, aber gleichzeitig einen Rahmen für das Verständnis der Form und des Grundes dieser täglichen Angriffe auf die Würde der Menschen zu schaffen.

In diesem Sinne ist es wichtig zu betonen, dass trotz der Existenz politischer Meilensteine, die als Fortschritt der Proteste dargestellt werden, wie das "Abkommen für Frieden und eine neue Verfassung", das Land eine permanente Militarisierung seiner öffentlichen Räume durch die Polizeikräfte aufrechterhält. Dies ist die Ursache, die nicht nur das Recht auf Leben und die physische und psychische Unversehrtheit der Menschen in Frage gestellt hat, sondern auch die Möglichkeit der Ausübung der Rechte auf freie Meinungsäußerung, friedliche Versammlung, Informationsfreiheit u.a. ernsthaft behindert hat. Gleichzeitig wurden die grundlegenden Garantien eines Rechtsstaates, wie z.B. ein ordnungsgemäßes Verfahren, durch den Einsatz des kriminellen und repressiven Apparates völlig verwässert.

Diese Verstöße sind jedoch nicht zufällig, sondern erfüllen ein spezifisches Ziel: den sozialen Protest zu kriminalisieren, die Teilnahme der Menschen an den täglich stattfindenden Demonstrationen im ganzen Land zu einem Risiko zu machen. Die Menschenrechtsverletzungen in Chile sind daher systematisch und entsprechen einer staatlichen Politik.

Die Verbindung zwischen den beiden bedeutet daher, dass es Verantwortlichkeiten auf verschiedenen Ebenen gibt. Erstens: die strafrechtliche Verantwortung der direkt an den durchgeführten Verstößen beteiligten Akteuren. Dann gibt es auch eine institutionelle Verantwortung für das Regelwerk, das der Polizei und den Behörden der Strafverfolgung erlaubt, nach eigenem Ermessen zu handeln und die Straffreiheit der Beteiligten zu garantieren. Schließlich gibt es die politische Verantwortung der Befehlshaber, die direkt oder indirekt die ungezügelte staatliche Repression anordnen oder durch Handeln oder Unterlassen unterstützen. Dies reicht von den Generälen der beteiligten Streitkräfte bis hin zu den zivilen Behörden, die die repressiven Aktionen der Carabineros unterstützen, und schließt zentral und prominent den Präsidenten der Republik, Sebastián Piñera Echeñique, ein.

Das Fortbestehen dieser Situation ist für jedes politische Regime, das sich als demokratisch bezeichnen möchte, inakzeptabel, und sollte auch für jedes andere Land, das sich selbst als demokratisch betrachtet, so sein. Das Schweigen, das die internationale Gemeinschaft zu den in den letzten drei Monaten in Chile angeprangerten Tatsachen bewahrt hat, ist beschämend: von nun an müssen Maßnahmen ergriffen werden. Im Einklang mit dem oben Gesagten fordern wir, dass Staaten und internationale Organisationen sich ausdrücklich gegen Menschenrechtsverletzungen aussprechen und die politische und strafrechtliche Verantwortung der zuständigen Behörden anprangern. Schließlich sollten die Staaten auch die Klausel über Menschenrechte und Demokratie anwenden, die in den derzeit geltenden internationalen Abkommen mit Chile vorgesehen ist und die speziell für die Anwendung in Zusammenhängen wie dem oben genannten geschaffen wurde. Die Verantwortung eines Staates für die Verletzung von Menschenrechten liegt nicht nur bei seiner Regierung, sondern auch bei einer internationalen Gemeinschaft, die mitschuldig schweigt.